

Der Rücktritt der Brüner Gemeindevertretung.

(Telegramm der neuen Preße)

Brünn, 6. November.

Der deutsche Nationalrat für Brünn hat in seiner gestern abgehaltenen Sitzung dem Beschlusse der Gemeindevertreter, die Mandate niederzulegen, einstimmig seine Zustimmung erteilt. Wie in den letzten Tagen, in denen der Nationalrat sich ständig mit der Forderung der Tschechen nach Uebergabe der Gemeindeverwaltung befaßte, so kam auch gestern in allen Neben die tiefste Erbitterung der Deutschen Brünn über den offenkundigen Gewaltakt der tschechischen Regierung zum Ausdruck. Besondere Empörung rief die Tatsache hervor, daß die Vertreter des Narodni Vyhbor bei den Verhandlungen mit den Abgesandten des deutschen Nationalrates immer in höchlichster und verbindlichster Weise ihre Bereitwilligkeit kundgaben, für die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung in Brünn zu sorgen, daß es aber die Regierung gleichwohl unterließ, den zahlreichen in den letzten Tagen vorgekommenen Uebergriffen und lärmenden bedrohlichen Ansammlungen in der Nähe des Rathauses vorzubeugen.

Die tschechischen Machthaber suchten auch dadurch einen Druck auf die Gemeindevertretung und den deutschen Nationalrat auszuüben, daß sie während der Verhandlungen wiederholt und immer wieder den Bürgermeister zum Telefon rufen ließen, um ihm zu erklären, daß die Hochspannung im tschechischen Volke keinen weiteren Aufschub des Entschlusses dulde. Doch erst die amtliche Mitteilung, daß Brünn höchstens nur noch bis Ende dieser Woche mit Lebensmitteln versorgt sei, zeitigte den einmütigen Beschluß, sofort den unausweichlichen Schritt zu unternehmen. Die tschechische Regierung, die vor aller Welt den Schein der Gesetzmäßigkeit wahren wollte, indem sie sich hütete, den gesetzlich gewählten Gemeinderat aufzulösen, hatte durch ihre Aushungerungspolitik erreicht, was sie anstrebte.

Die Verhandlungen zwischen den Deutschen und Tschechen wegen Uebergabe der Stadt begannen am Sonntag. In der an diesem Tage abgehaltenen Sitzung des Nationalrates teilte Bürgermeister Regierungsrat Schnitzler mit, daß er vom Obmann der mährischen Mitglieder des tschechischen Nationalausschusses, Abgeordneten Dr. Strausky, ersucht worden sei, Vertreter zu einer Besprechung mit Abgesandten der tschechischen Regierung wegen Uebergabe der Stadt Brünn an den Narodni Vyhbor einzuladen. Der Versammlung bemächtigte sich eine furchtbare Erregung über die an die deutsche Mehrheit von Brünn gestellte Zumutung. Nach eingehender Erörterung wurde gleichwohl von sämtlichen den Nationalrat vertretenden Parteien der Beschluß gefaßt, Verhandlungen mit der tschechischen Regierung einzuleiten. Um 4 Uhr nachmittags traten im Zimmer des Bürgermeisters im Rathause die beiden Abordnungen zusammen. An der Besprechung nahmen teil von deutscher Seite: Bürgermeister Schnitzler, die Stadträte Dr. Czéch und Dr. Krumpholz, die Gemeinderäte Dr. Jarolim und Abgeordneter Niehner sowie Kammersekretär Regierungsrat Dr. Mayer; von tschechischer Seite: Dr. Bulin und die Abgeordneten Dr. Dolansky, Dr. Pluhar, Kocék und Dr. Strausky.

Die Tschechen erklärten: Der Narodni Vyhbor verlangt den Rücktritt der deutschen Gemeindevertretung und die Einsetzung eines Regierungskommissärs, dem ein aus 16 Tschechen und 8 Deutschen bestehender Beirat zur Seite zu stellen wäre. Die Gemeindebeamten und Lehrer sollen nicht entlassen, die deutschen Schulen nicht geschlossen werden. Im Sprachengebrauch würden beide Landessprachen zugelassen. Die Forderungen und Stiftungen wären im Verhältnis von 50 zu 50 zu vergeben, im Brüner Stadttheater würde dreimal wöchentlich tschechisch, viermal deutsch gespielt werden. Das kleine Theater im tschechischen Nebentheater bliebe den Tschechen. Alle Zusicherungen hätten aber nur bis zu den Neuwahlen zu gelten.

Sowohl bei der Besprechung wie in der darauf folgenden Versammlung des deutschen Nationalrates wurden diese Bedingungen als unannehmbar bezeichnet, besonders die tschechische Mehrheit im Beirat und die Wegnahme des Theaters fanden lebhafteste Anfechtung. Die Versammlung beschloß wiederum einstimmig, die Verhandlungen fortzusetzen, um von den Tschechen bessere Zusicherungen zu erhalten. Hauptsächlich wurde wenigstens gleichmäßige Vertretung der Deutschen und Tschechen im Beiratsrat und die vollständige Ueberlassung des Stadttheaters an die Deutschen verlangt.

Als am Montag die beiden Abordnungen wieder zur festgesetzten Stunde zusammentraten, gaben die tschechischen Vertreter die Erklärung ab, der Nationalausschuß lehne eine Vereinbarung überhaupt ab und verlange die bedingungslose Uebergabe der Gemeindeverwaltung. Da die Deutschen in Brünn sich noch nicht auf den Boden des tschecho-slowakischen Staates gestellt hatten, müßten sie von der tschechischen Regierung als Ausländer betrachtet und behandelt werden. Der Narodni Vyhbor müsse es der Gemeindevertretung überlassen, entweder freiwillig zurückzutreten oder zuzuschauen, wie sie die Verwaltung der Stadt Brünn weiterführen könne. Er mache jedoch darauf aufmerksam, daß die tschechische Regierung für die Ernährung einer Stadt, deren Vertretung in den Händen von Ausländern liege, keine Bürgschaften übernehmen könne.

Diese neue Sachlage beschäftigte den deutschen Nationalrat gestern und vorgestern, wobei den Beratungen die inzwischen gefaßten Beschlüsse der Landesversammlung und des deutschen Nationalrates für Mittelmähren zugrunde gelegt werden konnten. Als gestern vormittag der Stadtrat eine Sitzung abhielt, sammelte sich eine tschechische Menschenmenge vor dem Rathause an und suchte durch lärmende Kundgebungen die Beratungen zu stören. Nachmittags fand eine Besprechung der Mitglieder des Gemeinderates statt, die unter dem Eindruck der fortgesetzten Kundgebungen der Tschechen einstimmig folgenden Beschluß faßte: Um unsere Mitbürger nicht schweren Gefahren auszusetzen, sehen wir uns unter den obwaltenden Verhältnissen gezwungen, auf die Ausführung des Gemeinderatsmandates zu verzichten. Dieser Beschluß wurde dem Nationalrat vorgelegt, der ihn nach längeren Beratungen einstimmig genehmigte. Eine Abordnung des Gemeinderates mit dem Bürgermeister an der Spitze begab sich zur Stadthalterei, um deren Leiter, Hofrat Czerny, vom Entschlusse des Gemeinderates Mitteilung zu machen. Auch dem Mitglied des Narodni Vyhbor, Doktor Bulin, wurde er zur Kenntnis gebracht. Bürgermeister Schnitzler machte beide Herren auf die große Verantwortung aufmerksam, die dem Narodni Vyhbor nunmehr zugewälzt, und erhielt die Zusicherung, daß die Regierung sich den Schatz der Deutschen besonders angelegen sein lassen werde. Mit einer herzlichsten Dankeskundgebung für den Bürgermeister, die Gemeinderatsmitglieder und die Gemeindebeamten und mit Dankesworten des tief ergriffenen Bürgermeisters wurde im Nationalrat diese Beratung geschlossen.

Der von der neuen Regierung eingesetzte Kommissar Stadthalterei Ritter v. Köndlmayer hat heute um 10 Uhr vormittags aus den Händen des Bürgermeisters Regierungsrat Schnitzler die Verwaltung der Stadt

Brünn übernommen. Ihm zur Seite steht ein aus 24 Mitgliedern bestehender Verwaltungsausschuß, dem 16 Tschechen und 8 Deutsche angehören. Die im deutschen Nationalrat vertretenen Parteien haben in den Verwaltungsausschuß gewählt: Dr. Czéch, ersten Bürgermeisterstellvertreter Anton Fellingner, Dr. Krumpholz und Lujig und die Gemeinderäte Abgeordnete Niehner, Pipal, Wemola und Zwicker. Um 10 Uhr vormittags erschien der Regierungskommissar beim Bürgermeister und überreichte diesem das Defret der Stadthalterei, betreffend die Bestellung zum Regierungskommissar. Der Bürgermeister nahm diese Mitteilung zur Kenntnis und legte dem Kommissar die Ruhe, Ordnung und Sicherheit der Bevölkerung wärmstens ans Herz. Hierauf begaben sich der Bürgermeister und der Regierungskommissar in den Sitzungssaal des Rathauses, wo die Vorstellung der Abteilungsstände des Stadtrates stattfand.

Nachdem der Bürgermeister das Rathaus verlassen hatte, wurde eine große weiß-rote Fahne gehißt, was von der angesammelten Menschenmenge mit lautem Jubel begrüßt wurde. Aus einem Fenster hielten drei tschechische Abgeordnete Ansprachen an die Menge, in denen sie die Bedeutung des Tages feierten. Um halb 12 Uhr fand die Einsetzung des 24gliedrigen Verwaltungsausschusses statt, der morgen seine konstituierende Sitzung abhält.

Rücktritt der deutschen Gemeindevertretung von Göding.

Der Gemeindeausschuß von Göding hat in seiner am 31. Oktober unter dem Voritze des Bürgermeisters Kommerzialrates Nedlich abgehaltenen Sitzung den einstimmigen Beschluß gefaßt, daß die Gemeindevertretung infolge der durch die Gründung des tschecho-slowakischen Staates eingetretenen Verhältnisse ihre Mandate niederlege. Infolge dieses Schrittes wurde der Gödinger Rechtsanwalt Dr. Eduard Krájček zum landesfürstlichen Kommissar ernannt. Hiemit hat die deutsche Gemeindevertretung, die seit Bestehen einer freien Gemeinde Göding die Verwaltung der Stadt in Händen gehabt hat, zu bestehen aufgehört.

Dem Prager Nationalausschuß ist aus Göding die nachstehende telegraphische Meldung zugekommen: Mit dem heutigen Tage ist die Verwaltung des Gödinger Rathauses und der Gödinger Gemeinde in die Kompetenz des Nationalausschusses übergegangen. Die ersten Amtshandlungen des tschechischen Regierungskommissars Dr. Krájček waren: Die Umbenennung des Hauptplatzes, der Franz Josefplatz hieß, in Masarykplatz, Ernennung des in Göding gebürtigen „größten Tschechen“, Dr. Masaryk, zum ersten Ehrenbürger der tschechischen Gemeinde.